



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VI/2019/05087**
Datum: 03.04.2019
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser:
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	24.04.2019	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	21.05.2019	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	29.05.2019	öffentlich Entscheidung

**Betreff: Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle zur Abschaffung der kommunalen
Straßenausbaubeiträge**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) fordert die Landesregierung zur unverzüglichen Abschaffung der Straßenbaubeiträge auf. Das entstehende kommunale Finanzierungsdefizit soll durch separate Landeszuweisungen aus allgemeinen Steuermitteln erfolgen.

gez. A. Raue
Fraktionsvorsitzender der AfD Stadtratsfraktion

Begründung:

Die bisherige Praxis, die Anlieger mit den Kosten des Straßenbaus und der Sanierung von Straßen zu belasten ist unsozial und willkürlich.

Es werden immer die Anwohner durch Kostenbescheide belastet, die zum Zeitpunkt entsprechender Bau- und Sanierungsmaßnahmen Eigentümer der anliegenden Immobilien bzw. Grundstücke sind.

Die Straßen und Gehwege aber werden von der Allgemeinheit und über sehr lange Zeiträume genutzt.

Es ist deshalb aus unserer Sicht vollkommen willkürlich, hier den Anlieger die entstehenden Kosten aufzubürden.

Da die Allgemeinheit ebenfalls, wenn nicht gar hauptsächlich, Nutznießer des Straßen- und Gehwegausbaus ist, wäre es nur konsequent, die Kosten dann auch aus allgemeinen Steuermitteln zu tragen.

Die derzeitige Praxis, die Straßenausbaubeiträge auf die Anlieger umzulegen, halten wir für nicht mehr zeitgemäß.

Wir möchten deshalb hier eine entsprechende Änderung erreichen.

Die Kostenbelastung für den Landeshaushalt beträgt jährlich ca. 20 – 30 Mio. Euro. Somit jährlich lediglich 10% der Ausgaben, die das Land für Aufgaben der Zuwanderung und Integration von Flüchtlingen aufwendet.

Da die Landesaufgaben vornehmlich in der Bereitstellung einer erstklassigen Infrastruktur und eines zuverlässigen Gemeinwesens für seine Bürger besteht, ist die Finanzierung dieser Aufgaben aus Steuermitteln bereitzustellen.

Ein deutliches Votum aus dem Stadtrat ist geeignet, den notwendigen Druck auf die Landesregierung auszuüben, die Entscheidung zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge noch vor der Kommunalwahl zu treffen.